

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Sp.

## AKTUELL

### Philippinen: Neue Polizei

(spk/dpa) Die Philippinen erhalten eine neue, zivile Polizei. Präsidentin Corazon Aquino unterzeichnete am Donnerstag in Manila ein Gesetz, wonach die bisherige paramilitärische Polizeitruppe aufgelöst und durch eine «Nationale Polizei» ersetzt werden soll. Die neue 120 000 Mann starke Truppe dem Innenministerium unterstehen.

### Probleme im Pentagon

John A. Betti, Verantwortlicher für die Rüstungsbeschaffung im Verteidigungsministerium der USA, ist am Donnerstag zurückgetreten. Er war im Pentagon im Zusammenhang mit Fehlkalkulationen bei der Anschaffung eines neuen Kampfflugzeugs für die Marine kritisiert worden.

### Estland gegen Auslandhilfe

Das Parlament der Republik Estland verzichtet auf ausländische Lebensmittelhilfe. Die Lage bei der Versorgung der Bevölkerung erfordert «vorderhand keine Unterstützung aus dem Ausland».

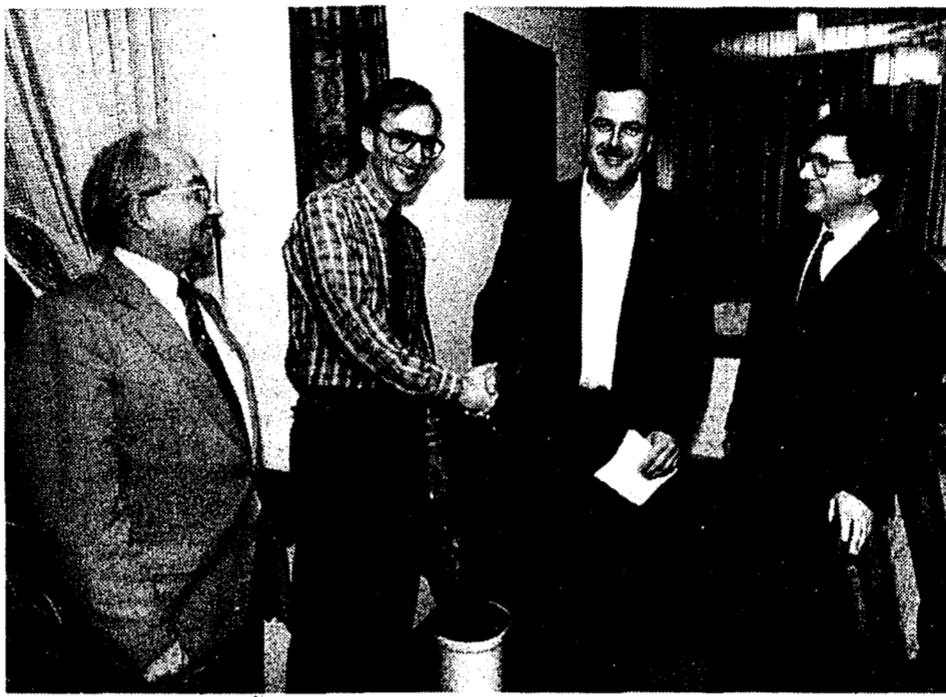
## Franz Büchel Vorsteher-Kandidat in Balzers

FBP-Ortsgruppe Balzers stellte die Weichen für die nächste Legislaturperiode

(s.e.) – Die FBP-Ortsgruppe Balzers ist gewillt, die Verantwortung in der Gemeinde wieder zu übernehmen. Mit einem eindrucksvollen Vertrauensbeweis wurde am Mittwochabend im Hotel Riet in Balzers Franz Büchel als Vorsteherkandidat nominiert. Ebenfalls einstimmig erfolgte die Nomination eines neunköpfigen Kandidatenteams für die Gemeinderatswahlen 1991.

Mit einem erfreulichen Aufmarsch setzte die FBP-Ortsgruppe Balzers den Reigen der Nominationsversammlungen für die Gemeinderatswahlen 1991 fort. Die von Fidel Frick äusserst speditiv geführte Versammlung sprach dabei Franz Büchel in schriftlicher Abstimmung das einstimmige Vertrauen aus. Ebenfalls mit einem Glanzresultat wurde die neunköpfige Mannschaft für den Gemeinderat nominiert. Die noch freien Listenplätze sollen vom Vorstand nachnominiert werden. In einer ersten Stellungnahme sprach sich Vorsteher-Kandidat Franz Büchel klar dafür aus, nicht im Alleingang, sondern gemeinsam die Zukunft der Gemeinde zu bestimmen.

Mehr dazu auf Seite 5.



Ortsgruppenleiter Fidel Frick gratuliert Franz Büchel zur Vorsteher-Kandidatur. Links Parteipräsident Mane Vogt, rechts Vize-Regierungschef Dr. Herbert Wille.

(Bild: Roland Korner)

## Mehrwertsteuer in Liechtenstein?

Die Mehrwertsteuer könnte bald auch im Fürstentum Liechtenstein Geltung haben. Dies erklärte Regierungschef Hans Brunhart im Pressegespräch auf eine entsprechende Frage. In der Schweiz haben sich die Eidgenössischen Räte für die Einführung der Mehrwertsteuer und die Abschaffung der Warenumsatzsteuer ausgesprochen. Indirekte Steuern dieser Art werden für unser Land über den Zollvertrag gültig, wenn die Schweiz die Einführung einer solchen Steuerart beschliesst. Regierungschef Brunhart wies allerdings darauf hin, dass auch das Volk in der Schweiz noch ein Wort mitzureden habe, so dass die Zustimmung der Eidgenössischen Räte noch nicht die endgültige Einführung der Mehrwertsteuer bedeute.

Sollte das Volk jedoch zustimmen, dann würde die Mehrwertsteuer automatisch auch für unser Land gelten. Die Abstimmung in der Schweiz findet im Juni 1991 statt.

## Keine Rezession erwartet

Bern (AP) Im Einklang mit den meisten anderen Wirtschaftsprognosen erwartet auch die Kommission für Konjunkturfragen des Bundes im nächsten Jahr eine deutliche wirtschaftliche Abkühlung, jedoch keine Rezession. Nach dem am Donnerstag veröffentlichten Quartalsbericht des beratenden Organs des Bundesrats wird das reale Wirtschaftswachstum 1991 in der Schweiz noch 1,25 Prozent betragen. Die Teuerung dürfte auf 4,5 Prozent zurückgehen. Die Zinsen könnten hoch bleiben.

Nachdem sich das paritätisch zusammengesetzte Expertengremium in den vergangenen Monaten verschiedentlich recht deutlich in die wirtschaftspolitische Diskussion eingemischt hatte, formuliert die Kommission auch in ihrem jüngsten Konjunkturbericht eine Reihe von Empfehlungen an die Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Nationalbank soll demnach an ihrer restriktiven Geldpolitik festhalten, der Bund auf Eingriffe in die Marktprozesse verzichten und soziale Probleme mit Mitteln der Sozialpolitik lösen.

## Die Aussenpolitik hat mehr Zeit als angenommen beansprucht

Regierungschef Hans Brunhart zog am Pressegespräch Bilanz über seine Regierungstätigkeit – UNO-Beitritt und EWR im Mittelpunkt

(G.M.) – Das Ressort Aussenpolitik beanspruchte im Jahre 1990, so führte Regierungschef Hans Brunhart beim Pressegespräch aus, mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Die Arbeit in den anderen Ressorts, die von ihm verantwortlich geleitet werden, nämlich Präsidium, Bildung, Finanzen und Bauwesen, wurde davon etwas betroffen, obwohl auch hier einige der vorgesehenen Arbeiten erledigt werden konnten, während sich andere vor dem Abschluss befinden.

Das aussenpolitische Jahr 1990 war geprägt von den Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und von der Aufnahme Liechtensteins in die Vereinten Nationen (UNO). Die EWR-Verhandlungen dauern zur Zeit noch an, der Vertragsabschluss kann wohl kaum mehr bis Ende Jahr, wie vorgesehen, verwirklicht werden. Hingegen wurde unser Land als 160. Mitgliedland in die UNO aufgenommen, was als weltweite Anerkennung unserer Souveränität gewertet werden kann. Regierungschef Brunhart erwähnte im Bereich der Aussenpolitik auch den KSZE-Gipfel in Paris, den er für die Teilnehmer als «Höhepunkt» bezeichnete.

### Unterbau der Regierung stärken

Im Ressort Präsidium standen das Besoldungsgesetz für die Staatsangestellten und das Beamtengesetz im Vordergrund. Während das Besoldungsgesetz den Landtag passierte, wies eine Landtagskommission das Beamtengesetz wieder an die Regierung zurück. Es soll im Frühjahr erneut, offensichtlich in überarbeiteter Fassung, an den Landtag gehen. Eine externe Arbeitsgruppe wurde nach Angaben von Regierungschef Hans Brunhart auch mit der Ausarbeitung einer Expertise über die Verstärkung des Unterbaus

der Regierung beauftragt. Diese Frage soll allerdings nicht nur im Bereich der Infrastruktur und der Sekretariatsbereiche besprochen werden, sondern auch die seit 1965 unverändert gebliebene Struktur der Regierung selbst umfassen.

### Divergierende Meinungen

Das Schulgesetz befindet sich in Überarbeitung. Die Vorlage hat nach Angaben von Regierungschef Brunhart divergierende Meinungen ausgelöst, die bereinigt werden müssen. Das Projekt für eine Kunstschule ist in die Vernehmlassung gegeben worden, doch zeichnet sich der Weg für eine Gesetzesvorlage klar ab, erklärte Regierungschef Brunhart, der auch auf die Beteiligung Liechtensteins am CIM-Technologiezentrum hinwies.

Die angekündigte Neufassung des Stipendiengesetzes konnte hingegen noch nicht vorgenommen werden, weil der damit befasste Regierungsekretär noch andere Aufgaben zu erfüllen hatte.

### Probleme mit Steuern

Im Bereich der Steuern stand über dem Ressort Finanzen kein guter Stern. Das Steuergesetz, das während Jahren immer wieder versprochen und dann innert kurzer Zeit in Kraft gesetzt worden war, scheiterte am deutlichen Nein des Volkes. Die Vorlage über die Neufestsetzung der Motorfahrzeugsteuern wurde von der Regierung wieder zurückgezogen, nachdem sich Probleme ergeben hatten:

Einerseits die Forderung nach Einführung eines Öko-Bonus, andererseits technische Schwierigkeiten für die Erhebung der Daten zur Besteuerung. Die Regierung werde sich nach Abklärungen in anderen Staaten überlegen, was getan werden könne, erklärte Regierungschef Hans Brunhart. Das Subventionsgesetz wurde dem Landtag zugeleitet, während sich die Vorlage für die Änderung des Finanzausgleichs noch in der Vernehmlassung befindet und das neue Finanzhaushaltsgesetz im Entwurf vorliegt. Die Teilprivatisie-

rung der Liechtensteinischen Landesbank soll bis zum Herbst 1991 Gesetzesreife erhalten.

### Baugesetz: Warten auf Gemeinden

Im Bereich des Bauwesens konnte Regierungschef Hans Brunhart auf den planmässigen Baufortschritt beim Polizei- und Motorfahrzeuggebäude verweisen sowie auf die bereits erfolgte Eröffnung des Erweiterungsbaus beim Gymnasium. Durch die negative Aeule-Abstimmung konnte nach seinen Worten die Planung des Regierungsviertels nicht im erhofften Ausmass vorangetrieben werden, doch soll im Frühjahr 1991 dem Landtag ein entsprechender Finanzantrag vorliegen. Die Revision des Baugesetzes lässt vorerst noch auf sich warten, da die Gemeinden ihre Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf der Regierung noch nicht abgegeben hätten. Das Rheingebäude wurde vom Landtag hingegen verabschiedet, während das angekündigte Rüfegesetz wegen Aenderung der Prioritäten verschoben wurde.

## Das neue Geschichtsbuch «Brücken zur Vergangenheit» erschienen

Vorstellung des neuen Lehrmittels für die weiterführenden Schulen in unserem Land – Ein Geschichtsbuch auch ausserhalb der Schule

(G.M.) – «Brücken zur Vergangenheit» heisst das neue Lehrmittel für den Geschichtsunterricht an den weiterführenden Schulen, das am Mittwochabend im alten Landtagssaal vorgestellt wurde. Das Geschichtsbuch ist jedoch nicht nur für den Unterricht gedacht, sondern ebenso für den geschichtsinteressierten Leser. Das Buch kann beim Lehrmittelverlag und in den Buchhandlungen bezogen werden.

Kurt Korner, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, die das Lehrmittel geschaffen hat, meinte bei der Präsentation, die Zeitspanne von der Idee bis zur Realisierung des Buches habe beinahe «geschichtliche Dimensionen» angenommen, denn rund elf Jahre wurde daran gearbeitet. Die Arbeitsgruppe habe zuerst Unterrichtshilfen geschaffen, die in den letzten Jahren in acht Kapiteln in einer Mappe erschienen sind. Ausserdem wurden für die Geschichtslehrer Fortbildungskurse durchgeführt. Dann reifte die Idee, dass aus den Geschichtsblättern ein Geschichtsbuch werden sollte. Kurt Korner gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass das vorliegende Werk das Interesse der Jugend finden werde, womit die Geschichte bewusster gemacht werden könne.

Paul Vogt stellte als Autor das Geschichtswerk vor, das sich in grossem Format, mit vielen Bildern und Illustrationen

sehr leserfreundlich präsentiert. Der Geschichtsunterricht hat nach seinen Worten nicht nur historische Orientierungshilfe zu sein, sondern besitzt auch eine Bildungs- und Erziehungsaufgabe. Die Schüler sollten am Geschichtsstoff lernen, sich ein Urteil zu bilden, einmal eingenommene Standpunkte zu überprü-

fen und zu korrigieren. Im vorliegenden Geschichtswerk werden die Benutzer sowohl mit Quellentexten als auch mit Tabellen und Bildern konfrontiert, so dass die Befassung mit den vielfältigen Ausdrucksformen zum selbstständigen Denken und Arbeiten anregt. Der ständige Wechsel der Darstellung soll nach seinen Aus-

führungen auch zur Motivation der Schüler beitragen.

Regierungschef Hans Brunhart, der zusammen mit Schulamtsvorstand Dr. Josef Wolf das erste Exemplar entgegennehmen durfte, sprach von einem «freudigen Ereignis» und einem «ausserordentlich gelungenen Werk», von einem Lehrmittel und einem Geschichtsbuch für alle. Das Buch soll nach seinen Worten in die Vergangenheit führen, um die Gegenwart besser zu verstehen. Es kann, so meinte er zum Abschluss, zum Bewusstsein bringen, dass die Geschichte Liechtensteins nicht eine Geschichte des Wohlstandes sei, doch das Bemühen um die Erhaltung des Staates verdeutliche.



Kurt Korner begrüsst zur Präsentation des Buches «Brücken zur Vergangenheit». Links Autor Paul Vogt, rechts Regierungschef Hans Brunhart und Schulamtsvorstand Dr. Josef Wolf, die ein erstes Exemplar des neuen Geschichtswerkes erhielten.

(Bild: Roland Korner)

## KONTAKTLINSEN



## AUGEN-OPTIKMARXER

Städtlermarkt, Vaduz, 2 82 02  
Landstrasse 28, Schaan, 2 58 68

modehaus  
hannelore

Zusätzliche Öffnungszeiten:  
Montag, 17. Dez. von 13.30–18.30 Uhr  
und am  
Sonntag, 23. Dez. von 13.30–17.30 Uhr  
und am  
Montag, 24. Dezember  
durchgehend von 8.30–14.00 Uhr  
Wir freuen uns auf Ihren Besuch